

**newsletter 44 / 09. 03. 2003**

**CHEMIKALIEN - TRICHLORETHEN**

Freitag 7. März 2003, 08:05 Uhr

Industrie-Chemikalie in Samenflüssigkeit entdeckt

Kingston/Kanada (pte) - Forscher der kanadischen Queen's University <http://qnc.queensu.ca> haben in der Samenflüssigkeit unfruchtbarer Männer das Lösungsmittel Trichlorethen gefunden. Der chlorierte Kohlenwasserstoff wird vorwiegend als Lösungsmittel in der Metall- und Autoindustrie sowie bei der Textilreinigung eingesetzt. Trichlorethen wurde bereits mit Lungen-, Leber- und Nierenschäden in Zusammenhang gebracht, mit Fruchtbarkeitsstörungen allerdings nicht. Das National Toxicology Program der USA schätzt, dass rund 3,5 Mio. Arbeiter der Chemikalie ausgesetzt sind. Entdeckt wurde das Umweltgift in der Samenflüssigkeit von Mechanikern, die Trichlorethen an ihrem Arbeitsplatz verwendeten und denen kurz davor die Diagnose "unfruchtbar" gestellt wurde. ...

=====

**ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG**

Elektrosmognews vom 06.03.2003:

Wichtige juristische Arbeit erschienen

Wichtiger juristische Arbeit zum Thema Mobilfunk und Gesundheit von Prof. Kniep erschienen: Zivilgerichte müssen Gefahren durch Mobilfunksender in tatsächlicher Hinsicht aufklären Quelle: ZMR (Zeitschrift für Miet- und Raumrecht 2003, Seiten 170 ff.) In der juristischen Fachzeitschrift für Miet und Raumrecht 2003 ist soeben ein wichtiger juristischer Aufsatz von Prof. Dr. Klaus Kniep, Heilbronn, erschienen. Prof. Kniep kommt in der Arbeit zu dem Schluss, dass den Zivilgerichten die Pflicht obliegt, Gesundheitsgefahren durch Mobilfunksender in tatsächlicher Hinsicht aufzuklären und dass diese sich nicht hinter der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verstecken können. Prof. Kniep erklärt die 26. Bundesimmissionschutzverordnung für nicht zuständig, da sie die relevanten athermische Effekte nicht berücksichtigt. Die wesentlichen Beeinträchtigungen der Kläger ergäben sich aber gerade und ausschliesslich durch athermische Effekte. Thermische Effekte seien durch die 26. Bundesimmissionschutzvereinbarung und den Stand der Wissenschaft gedeckt, diese seien aber für Anwohner von Sendemasten irrelevant.

Die Zivil- und Fachgerichte könnten sich damit nicht der gebotenen Sachaufklärung entziehen, Kniep nennt die juristische Grundlage hierfür mehrfach (BGB, Grundgesetz) Diese veröffentlichte juristische Arbeit stellt einen wichtigen Meilenstein hinsichtlich zukünftiger und laufender Mobilfunkgerichtsprozesse dar. Es kann davon ausgegangen gehen, dass sich viele Gerichte der Rechtsauffassung von Prof. Kniep anschließen werden und zukünftig Sachaufklärung betreiben werden, ohne sich auf die Grenzwerte der 26. Bundesimmissionschutzverordnung zurückzuziehen. In der Folge würde dies bedeuten, dass Zivilgerichte zukünftig wissenschaftliche Studien, die relevante schädliche athermische Effekte durch Mobilfunksender weit unterhalb der derzeit gültigen Grenzwerte der 26. Bundesimmissionschutzverordnung gefunden haben, zur Entscheidungsfindung angemessen berücksichtigen und prüfen müssen. Die rechtliche Lage würde sich damit für die Mobilfunkindustrie erheblich verschlechtern, da mittlerweile eine Vielzahl solcher wissenschaftlicher Studien existiert, die in Fachzeitschriften veröffentlicht worden sind. Nach dem allgemeinen Rechtsempfinden ist eine solche Vorgehensweise durch die Gerichte ohnehin längst angebracht, denn die 26. Bundesimmissionschutzverordnung befindet sich mittlerweile in krassem Widerspruch zum tatsächlichen Stand der Wissenschaft.

Der Aufsatz kann hier heruntergeladen werden: <http://www.elektrosmognews.de/kniepzmr2003.pdf>

Weitere Nachricht: Das aufsehenerregende Mobilfunk-Buch der renommierten Journalisten der Süddeutschen Zeitung Franz Kotteder und Thomas Grasberger "Mobilfunk - Ein Freilandversuch am Menschen" ist ab heute im Buchhandel erhältlich. Weitere Infos zum Buch:

<http://www.elektrosmognews.de/news/kottedergrasbergerbuch.htm>

Lesung und Vorstellung des Buches in Ravensburg:

<http://www.szon.de/lokales/ravensburg/nachrichten/200303051213.html?SZONSID=6e8a8327fe4616f216f4a9a1173de8e3>

Bad Münders: Neitzke und Bürgermeister fordern niedrigere Grenzwerte für Anwohner:

Url steht nicht mehr oder mit geänderter Adresse im Internet  
Spiegel/Ökotest: Auch Kamera-Handys strahlen zu stark:  
<http://www.spiegel.de/netzwelt/technologie/0,1518,238817,00.html>  
<http://www.oekotest.de/cgi/ot/otgs.cgi?doc=29168>

---

Elektrosmognews vom 04.03.2003:

1. Biochemikerin Prof. Sianette Kwee: 9 Studien mit athermischen Effekten durch elektromagnetische Felder <http://www.elektrosmognews.de/news/kweestudien.htm>

2. Vergabe von Forschungsaufträgen zum Thema Mobilfunk und Gesundheit durch das Bundesamt für Strahlenschutz

Nachdem wegen angespannter Haushaltslage eine Haushaltssperre bis Ende April besteht, sollen die Forschungsaufträge danach zügig vergeben werden. Insbesondere unabhängige Wissenschaftler und Institute sollten sich deshalb jetzt so schnell wie möglich an das BfS wenden, damit nicht wie in der Vergangenheit wieder alle Forschungsaufträge an die Industrie gehen. Denn dann wäre es sicher sinnvoller, die öffentlichen Gelder als Entwicklungshilfe in Länder der Dritten Welt zu schicken, denn bei Industrieforschung wird niemals ein Ergebnis herauskommen, das den finanziellen Interessen der Industrie entgegensteht. Dabei ist es egal, ob der Industriewissenschaftler direkt für die Industrie tätig ist oder zur Wahrung des Scheins noch ein oder zwei "unabhängige" Institute dazwischengeschaltet sind.

Die Vergabe erfolgt in der Form eines Vertrages oder einer Zuwendung. Interessenten für die Durchführung der einzelnen Vorhaben werden gebeten, ihre schriftliche Kurz Bewerbung spätestens bis zum 20.03.2003 an das Bundesamt für Strahlenschutz, Referat Z 1.2, Postfach 10 01 49 38201 Salzgitter, Naeheres unter <http://www.bfs.de>

Das Elektrosmognews-Team <http://www.elektrosmognews.de/>

#### ===== **KRANKHEIT - MCS**

Der Berichtsband/Band1.

Die Seiten 1- 88 (der 343 Seiten) des Bandes I der sogenannten MCS-studie, zerlegt in einzelne htm-Dateien, unter

<http://www.safer-world.org/d/krank/MCS/mcs.htm>, dann auf die linke Navigationsleiste.

Ich habe die Datei umformatiert, um so leichter einzelne Passagen rauszuziehen und/oder Kommentare dazu zu schreiben.

--

Die gesamte Datei ist in html runterzuladen auf der informativen Website der Initiative Gifterkrankter Weser-Ems e.V <http://www.Gegen-Gift.de>

Dort gibt es auch ein Diskussionsforum

#### ===== **KURZNACHRICHTEN**

Drogensucht bei Frauen oft durch Gewalterfahrungen ausgelöst

BERLIN Drogen- und Alkoholsucht bei Frauen wird in vielen Fällen durch Gewalterfahrungen in der Kindheit und sexuellen Missbrauch verursacht. Das ergab eine Studie des Bremer Instituts für ... URL steht nicht mehr zur Verfügung.

Wasserqualität: Österreich weltweit auf Platz 18 <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=030305006>

Schweiz rangiert an 16. Stelle – Deutschland abgeschlagen auf Platz 57 (pte030305006, pte.monitor 'Umwelt')

#### ===== **POCKEN**

Pocken-Schutz: US-Mediziner verweigern Impfung

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=3&d=6&id=94396>

Pockenschutzimpfung: Berliner üben schon mal

<http://www.netdokter.de/nachrichten/newsitem.asp?y=2003&m=3&d=6&id=94390>

Ein Pocken-kranker Attentäter wird kaum in der Lage sein, durch eine Stadt zu laufen und Leute zu infizieren"

Variola-Viren sind zwar hochinfektiös, doch für Selbstmordattentäter wäre es nicht leicht, damit eine Epidemie auszulösen, sagt die Mikrobiologin und Biowaffenexpertin Professor Kathryn Nixdorff im Gespräch mit der "Ärzte Zeitung".

[http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=250766,2659,/magazin/abc\\_waffen](http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=250766,2659,/magazin/abc_waffen)

#### ===== **POLITIK**

"Offener Brief" von Franz Alt an Angela Merkel : ... Doch jetzt waren Sie, Angela Merkel in den USA und haben den dortigen Falken geflüstert, dass die deutschen "C"-Parteien im Zweifel an der Seite der USA stünden. Freundschaft, Freundschaft über alles? Das wäre so töricht, wie Gerhard Schröders

Wort von der "bedingungslosen Solidarität" nach dem 11. September. Kann man Freundschaft auf Leichenbergen aufbauen? Kann Solidarität zwischen Gesellschaften je bedingungslos sein? ... URL steht nicht mehr zur Verfügung.

=====

## RECHT

Durchführung der Strahlenschutzverordnung Strahlenschutz in der Medizin; Richtlinie nach der Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung - StrlSchV <http://www.umweltdigital.de>)

=====

## POLITIK -BEHOERDEN

=====

### APUG

March 07, 2003 From: "APUG-Administration", [apug\\_administration@uminfo.de](mailto:apug_administration@uminfo.de)

Das Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern über seine Homepage <http://www.apug.de> ein vielfältiges Informations- und Kommunikationsangebot. Die Seite "Neuigkeiten" informiert über aktuelle Zugriffsmöglichkeiten auf nationale und internationale Volltextdokumente und Aktivitäten zum Thema „Umwelt und Gesundheit“.

Beispiele aus dem aktuellen Informationsangebot:

=> Download des Statusberichts zum APUG

=> Download des "Schimmelpilz-Leitfadens" des Umweltbundesamtes

=> Download des Endberichts zum Forschungsvorhaben "Berücksichtigung der Risikogruppe Kind bei der Ableitung gesundheitsbezogener Umweltstandards"

=> Projektförderung im Rahmen des APUG zum Thema "Lokale Aktivitäten" (Ausschreibungstext)

=====

### UBA, Umweltbundesamt

Berlin, den 07.03.2003: **Gentechnik: „Terminator-Technologie“ birgt Risiken fuer**

#### Entwicklungslaender

Umweltbundesamt veröffentlicht Studie zum biologischen Patentschutz

Mittels Gentechnik lassen sich Veränderungen in Nutzpflanzen einführen, die sich wie ein Patentschutz auswirken. So können Saatgutbetriebe Pflanzen herstellen, deren Samen durch einen gentechnisch eingebauten Mechanismus nicht keimfähig sind oder nur mit Hilfe einer herstellereigenen Chemikalie keimen können. Diese Technologie wird als „Terminator-Technologie“ bezeichnet. Sie ist eine von derzeit rund 60 Techniken des biologischen Patentschutzes, die unter der Bezeichnung „gene usage restriction technologies“ (GURTs) zusammengefasst werden und vielfältige Probleme bergen. Eine neue Studie des Umweltbundesamtes (UBA) benennt die wesentlichen Risiken: Erstens werden Landwirte - vor allem in weniger entwickelten Ländern - von der Saatgutindustrie abhängig, weil sie für das Folgejahr neues Saatgut und keimungsfördernde Chemikalien kaufen müssen. Zweitens können gentechnisch veränderte Pollen vom Feld in benachbarte Areale gelangen. Sind Kreuzungspartner vorhanden, entstehen möglicherweise auch bei anderen Pflanzensorten keimunfähige Samen. Die Artenvielfalt dieser Region wäre dann gefährdet.

Deshalb sollten diese Techniken nur nach sorgfältiger Abwägung zwischen Chancen und Risiken eingesetzt werden. Ein aussagefähiges Monitoring und eine ausführliche Aufklärung der Landwirte müssen hierbei gewährleistet sein. Zu diesem Ergebnis kommt Antje Hartmann von der TU Bergakademie Freiberg, die im Auftrag des UBA die Wirkungsweise von „GURTs“ untersucht hat. Sie schließt nicht aus, dass diese Techniken in fünf bis zehn Jahren zur kommerziellen Anwendung kommen könnten. In eine umfangreiche Literaturschau hat die Autorin Berichte internationaler Institutionen wie des UN-Umweltprogramms (UNEP), Studien unabhängiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Stellungnahmen der Industrie einbezogen.

! Die Studie „Funktionsweise und Risiken von Gene Usage Restriction Technologies (Terminator-Technologie) ist in der Reihe UBA-Texte als Nr. 74/02 erschienen, umfasst 42 Seiten und kostet 7,50 Euro. Sie ist erhältlich bei Werbung und Vertrieb, Ahornstraße 1-2, 10787 Berlin, Telefon : 030/2 11 60 61, Fax: 030/2 18 13 79. Eine Bestellung ist auch im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de>, Stichwort „Publikationen“, möglich.

---

### 7. 03.2003: **Ueberblick ueber Abstandsaufgaben fuer den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln an Gewaessern**

Umweltbundesamt regt Harmonisierung der vielfältigen landesrechtlichen Regelungen an Landwirte müssen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (PSM) die in den Gebrauchsanleitungen vorgeschriebenen Abstandsaufgaben zum Schutz von Oberflächengewässern einhalten. Zusätzlich müssen sie länderrechtliche Vorgaben beachten, die sich von Bundesland zu Bundesland unterscheiden. Mit Unterstützung der zuständigen Landesressorts hat das Umweltbundesamt

(UBA) eine Uebersicht der landesrechtlichen Regelungen erstellt und im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de> veroeffentlicht. Weil bei den Laendern teilweise erhebliche Unterschiede vorliegen - sie schwanken zwischen 3 Metern und 50 Metern - waere eine Vereinheitlichung der laenderrechtlichen Regelungen im Interesse der Landwirte zweckmaeßig. Zudem wuerden Angleichungen der Abstandsauflagen auch bei der Pruefung der generellen Kennzeichnungsaufgabe und Anwendungsbestimmung die Arbeit der Einvernehmensstellen zur Zulassung von PSM vereinfachen.

Pflanzenschutzmittel werden eingesetzt, um Schadorganismen zu bekaempfen, um die Ertraege aus dem Anbau von Kulturpflanzen zu sichern und um den Befallsdruck durch aus unbehandelten Flaechen einwandernde Erreger zu reduzieren. Diese Ziele sind mit der gesetzlichen Vorgabe des Pflanzenschutzgesetzes (PflSchG) in Einklang zu bringen. Nur dann sind fuer den Naturhaushalt Belastungen durch PSM zu vermeiden sowie Gefahren abzuwenden.

Das UBA prueft grundsaeztlich bei der Zulassung und Genehmigung von PSM die Auswirkungen auf angrenzende Lebensraeume - wie Gewaesser oder Saumbiotope. Die Vermeidung und Verminderung des Eintrags in diese Lebensraeume dient der Vorsorge. Zur Minderung des Risikos ist es auch erforderlich, verlustmindernde Spritz- und Ausbringungstechnik einzusetzen. Steht eine solche Technik nicht zur Verfuegung, koennen zum Schutz des Naturhaushalts Abstandsauflagen erforderlich sein. Damit sollen Eintraege durch Abdrift, Verfluechtigung mit anschließender Ablagerung und Abschwemmung (run-off) auf ein unbedenkliches Maß reduziert werden. Das rechtfertigt auch PSM - auf die die Landwirtschaft nur kaum verzichten kann - zuzulassen, deren Anwendung ohne Auflagen ein unvertretbares Risiko fuer die betroffenen Lebensraeume bedeuten wuerde. Zusaetzlich zu den Regelungen durch das PflSchG existieren in den meisten Bundeslaendern gesetzliche Verpflichtungen durch die Landeswassergesetze sowie darauf gestuetzte Rechtsverordnungen. Daher werden Zulassungen und Genehmigungen generell mit der Kennzeichnungsaufgabe verbunden, die landesrechtlich vorgegebenen Mindestabstaende zu Oberflaechengewassern einzuhalten. Diese Mindestabstaende schwanken zwischen 3 und 50 Metern, liegen meist aber zwischen fuerf und zehn Metern. Teilweise differenzieren die Laender zusaetzlich zwischen dem inneroertlichen Bereich und dem so genannten Außenbereich.

Die meisten Laenderregelungen sehen zusaetzliche Ausnahmeregelungen vor. Somit koennen die zustaeudigen Behoerden sowohl strengere als auch weniger strenge Abstandsauflagen festlegen. Im Zusammenhang mit der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben zum Gewaesserschutz planen mehrere Laender, ihre rechtlichen Vorgaben zu aendern. Dies sollte zu einer Vereinheitlichung der Vorschriften genutzt werden, um auf Seiten der betroffenen Landwirte mehr Rechtsklarheit und Akzeptanz zu schaffen.

Eine Uebersicht ueber die gegenwaertig geltenden landesrechtlichen Regelungen ist unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de/> auf der Internetseite des Umweltbundesamtes veroeffentlicht.

---

### 3.3.2003: **Phosphorrecycling - ein wichtiges Instrument des Umwelt- und Ressourcenschutzes**

Weniger Phosphat einsetzen, mehr rueckgewinnen - eine Herausforderung fuer die Landwirtschaft  
In Deutschland hat die Landwirtschaft den Phosphateinsatz deutlich reduziert, doch er ist immer noch zu hoch: Durchschnittlich betraegt der Phosphorueberschuss etwa zehn Kilogramm Phosphor pro Jahr und Hektar Ackerflaeche. Wie der Einsatz weiter minimiert und Phosphate aus inlaendischen Sekundaerrohstoffquellen rueckgewonnen werden koennen, darueber diskutierten Anfang Februar 2003 ueber 100 Fachleute aus dem In- und Ausland in Berlin. Auf einem Symposium des Umweltbundesamtes und des Instituts fuer Siedlungswasserwirtschaft der Rheinisch-Westfaelischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen standen Fragen zur Rueckgewinnung von Phosphor in der Landwirtschaft und aus Abwasser und Abfall im Mittelpunkt. Zudem diskutierten die Fachleute ueber die kuenftige Verwendung von Phosphor als essenziellem und nicht durch andere Stoffe ersetzbarem Pflanzennaehrstoff. Denn: Gewinnung und Einsatz sind eng mit dem Umwelt- und Ressourcenschutz verbunden.

Die Umwelt wird stark beeintraehtigt, wenn mehr Phosphat auf den Aeckern ausgebracht wird, als fuer die Duengung erforderlich. Die zunehmenden Schwermetallgehalte der abgebauten Phosphat-Erze und „oekologische Rucksaecke“ in weniger entwickelten Laendern koennen durch die Nutzung zurueckgewonnenen Phosphats reduziert werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt phosphatreichen Materialien - wie kommunalen und industriellen, phosphathaltigen Abwaessern, Wirtschaftsduengern aus Guellehochlastgebieten sowie Tiermehlen. Die Phosphatueberschuesse in Deutschland liegen rechnerisch auf der Hoehe der Importe an mineralischem Phosphat. Dem steht eine Phosphat-Unterversorgung vieler Ackerboeden in weniger entwickelten Laendern gegenueber. Dort duerfte der Phosphatbedarf zukuenftig steigen, um die Ernaehrung bei vorhersehbarem Bevoelkerungswachstum sichern zu koennen.

Von besonderer Bedeutung ist der Grad der Pflanzenverfuegbarkeit der auf landwirtschaftliche

Flaechen aufgebrauchten phosphathaltigen Verbindungen.

Die mineralischen Phosphatvorkommen sind zwar weltweit begrenzt, doch die Fachleute sind sich einig: In absehbarer Zeit ist nicht mit einer zunehmenden Phosphatknappheit zu rechnen. Weltweit ist der Absatz mineralischer Phosphat-Erze ruecklaeufig; das Phosphat-Recycling gewinnt zunehmend an Bedeutung

Waehrend des Symposiums wurden mehrere vielversprechende Verfahren zum Rueckgewinnen von Phosphor aus den unterschiedlichen Materialien vorgestellt. Wichtig ist, dass an die zurueckgewonnenen Phosphat-Konzentrate hohe Anforderungen bezueglich oekologischer und pflanzenbaulicher Standards zu stellen sind. Vor allem hier besteht noch Forschungsbedarf. Die Fachleute empfehlen, die Phosphat-Rueckgewinnung ueber ein Rueckgewinnungsgebot zu regeln, das im Wasserrecht zu verankern waere. Die notwendigen Entwicklungsarbeiten und Anlagenerweiterungen koennten zum Beispiel - wie in einigen Bundeslaendern bereits praktiziert - aus Mitteln der Abwasserabgabe finanziert werden.

=====

BfR

**07.03.2003 Datensammlung "Chemikalien und Kontaktallergie" jetzt online**

Gemeinsame Pressemitteilung des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information und des Bundesinstituts für Risikobewertung

Viele synthetisch hergestellte Chemikalien und Inhaltsstoffe von Naturprodukten können bei Berührung mit der Haut sogenannte allergische Kontaktekzeme hervorrufen. Um eine Kontaktallergie zu verhindern oder zu behandeln, werden Kenntnisse über die sensibilisierende Wirkung der Stoffe und Zubereitungen sowie über die Art des Kontakts benötigt. Umfangreiche Informationen hierzu bietet die Datenbank "Chemikalien und Kontaktallergie": 244 chemische Substanzen wurden im Hinblick auf ihr Kontaktallergie auslösendes Potential bewertet. Die Datenbank ist ab sofort über die Homepage des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) und über das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) öffentlich zugänglich. Die Zusammenstellung ist als Arbeitsinstrument für die Ärztliche Praxis, für Wissenschaft, Behörden und Industrie gedacht und soll helfen, Kontaktallergien zu verhindern oder ihr Ausmaß zu begrenzen.

Die Datensammlung ist auch als Loseblattsammlung unter dem Titel "Chemikalien und Kontaktallergie - eine bewertende Zusammenstellung" im Buchhandel erhältlich. Sie wurde mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Zusammenarbeit mit Universitäten, wissenschaftlichen Oberbehörden und der Chemischen Industrie am Bundesinstitut für Risikobewertung (bis 31.10.2002 Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin) erarbeitet. Die in der Datenbank enthaltenen 244 Chemikalien wurden nach der Stärke ihres kontaktallergenen Potentials in drei Kategorien eingestuft. 98 Stoffe kamen in die Kategorie A "bedeutende Kontaktallergene", 77 Stoffe in die Kategorie B "begründeter Verdacht auf kontaktallergene Wirkung". Kategorie C umfasst 69 "unbedeutendere Kontaktallergene" bzw. solche mit "fraglicher kontaktallergener Wirkung".

Die Datenbank ist eine Faktendatenbank in deutscher Sprache. Der Zugang über die Homepage des BfR, [www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de) (Menupunkt Datenbanken) oder über die des DIMDI, [www.dimdi.de](http://www.dimdi.de) (Datenbankrecherche - Rechercheeinstieg - Freie Recherche) ist kostenlos möglich. Wer die Papierform wählt, erhält die Loseblattsammlung "Chemikalien und Kontaktallergien - eine bewertende Zusammenstellung", Hrsg. Kayser, D. und E. Schlede (2001), im Verlag Urban & Vogel, ISBN 3-86094-163-1, zum Preis von 74,96 û.

=====

Ende des newsletter/d/44

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)  
Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: ( + 49 ) 7352 940529

email: [Scherrmann@safer-world.org](mailto:Scherrmann@safer-world.org) , [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org),

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informations-Netzwerk für eine gesündere Umwelt